

Pressemeddelelse

Kiel, 18.02.2008

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Liechtenstein-Affäre: SSW beantragt Aktuelle Stunde zur Ausstattung der Steuerfahndung in Schleswig-Holstein

Der SSW hat eine aktuelle Stunde des Landtages zu den Konsequenzen aus dem aktuellen Liechtenstein-Steuerskandal für die Steuerfahndung in Schleswig-Holstein beantragt. „In diesen Tagen wird landauf landab beklagt, dass wir in Deutschland nicht ausreichend Fahnder haben um Steuerkriminellen auf die Schliche zu kommen. Deshalb muss auch unsere Landesregierung jetzt sagen, was sie künftig besser machen wird“, fordert die Vorsitzende des SSW im Landtag, Anke Spoorendonk.

„Wir können und dürfen uns nicht darauf verlassen, dass Steuersünder wie im aktuellen Fall durch andere Kriminelle ans Messer geliefert werden. Der Staat muss selbst in der Lage sein, solch asoziales Verhalten aufzudecken.

Wie bei der Jugendkriminalität geht es hier nicht zuerst darum, ob die Höchststrafe 10 oder 15 Jahre beträgt, sondern ob die Täter überhaupt mit einer Strafe rechnen müssen. Abschreckung und Steuergerechtigkeit gibt es nur, wenn große und kleinere Steuerkriminelle auch wirklich ertappt werden können. Dazu müssen vor allem ausreichend Steuerfahnder zur Verfügung stehen.



Die Wirklichkeit ist aber, dass die Regierung auch in der Finanzverwaltung beim Personal spart. In den letzten Jahren sind nicht genug neue Finanzbeamte ausgebildet worden, um diese Aufgabe zu bewältigen. Deshalb soll die Landesregierung jetzt dem Parlament erklären, was sie in Schleswig-Holstein besser machen will, um den schwer erschütterten Glauben der Bürger an die Steuergerechtigkeit wiederherzustellen."

Der SSW hat heute beim Landtagspräsidenten für die 30. Tagung des Landtags (27.-29.02.08) eine Aktuelle Stunde zum Thema „Personalausstattung der Steuerfahndung in Schleswig-Holstein vor dem Hintergrund des aktuellen Steuerskandals“ beantragt.

